

Medienkonferenz vom 13. Juli 2006

Dr. Markus Rauh

Sehr geehrte Damen und Herren

Ausgangspunkt meines persönlichen Engagements gegen das neue Asylgesetz ist die brutale Ausschaffung der Familie Kolic und der mutige Einsatz der Bevölkerung von Wiesen. Fünfzehn Polizisten holten mitten in der Nacht eine Mutter und ihre Kinder aus dem Bett und haben sie ausgeschafft. So etwas darf es in unserem Land mit seinen humanitären Werten nicht geben! Genauso wenig darf es die unmenschlichen Asylverschärfungen geben. Missbrauch darf unter keinen Umständen mit staatlicher Willkür bekämpft werden.

Als Liberaler stehe ich der FDP nahe, war aber nie parteipolitisch aktiv und habe meine Präsenz in der Öffentlichkeit bis vor kurzem konsequent minimal gehalten. Mein kurzer Leserbrief im St. Galler Tagblatt hat zu meiner Überraschung ein überwältigendes Echo ausgelöst. Er hat mein Leben verändert – aber ich bereue es nicht, stehe zu jedem Wort und kämpfe aus Überzeugung gegen das neue Asylgesetz. Seinen Inhalt analysiere ich mit gesundem Menschenverstand und den Augen eines wachen Staatsbürgers frei von politischen Scheuklappen.

Drei Punkte möchte ich hervorheben:

1. Natürlich gibt es im Asylbereich auch Missbrauch. Ich bin nicht blauäugig und weiss natürlich, dass eine Minderheit von abgewiesenen Asylsuchenden nicht mit den Behörden zusammenarbeitet, absichtlich ihre Identität verheimlicht und damit die Wegweisung erschwert. Es ist aber völlig klar, dass dieses Problem nicht mit dem verschärften Nichteintretensgrund der Papierlosigkeit gelöst werden kann. Wer nämlich einfach seine Wegweisung hintertreiben will, dem kann egal sein, ob das Gesuch abgelehnt oder darauf nicht eingetreten wird. Ohne Rückübernahmeabkommen wird in diesen Fällen die Wegweisung weiterhin misslingen. Die Regelung trifft die Falschen, nämlich die echten Flüchtlinge, die oft keine Papiere vorweisen können und in ein Schnellverfahren geschleust werden, das nur für klare Missbrauchsfälle geeignet ist.
2. Der Ausschluss von allen Abgewiesenen aus der jetzt schon auf ein Minimum reduzierten Sozialhilfe gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Behörden verlieren die Kontrolle über illegal anwesende Ausländer. Diese werden in miserable, menschenunwürdige Verelendung getrieben. Selbst Kinder, Familien und Kranke sind betroffen. Das verletzt unsere humanitäre Tradition.
3. Aufwand und Ertrag der neuen Haft stehen in keinem Verhältnis zueinander. Jede Art von Beugehaft gerät in eine gefährliche Nähe zu Folter, wie bereits Professor Jörg Paul Müller feststellte. Wir wissen dank den Untersuchungen der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle, dass eine verlängerte Haft nichts nützt. Haft kostet aber – je nach Kanton – rasch 350 Franken pro Person und Tag. Das macht nach Adam Riese mehr als 127'000 Franken pro Jahr.

Das neue Gesetz verletzt nach Professor Walter Kälin und Professor Jörg Paul Müller die Bundesverfassung. Es verletzt laut Professor Kälin auch die Flüchtlingskonvention. Laut Terre des Hommes Schweiz missachtet das Gesetz die Kinderrechtskonvention. Amnesty International befürchtet die Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der

UN-Konvention gegen Folter. Als verantwortungsvoller, freiheitlich denkender Staatsbürger lehne ich ein solches Gesetz mit aller Entschiedenheit ab.

Ich komme zu dem, was Sie am meisten interessiert: Wer denn noch auf der Liste des bürgerlichen Komitees steht. Zurzeit zählt unser Komitee 95 Namen und täglich kommen weitere hinzu. Es sind Mitglieder bürgerlicher Parteien (CVP, FDP, liberale Partei), Vertreter der Wirtschaft und Persönlichkeiten wie Cornelio Sommaruga, der ehemalige Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, IKRK, oder Jean-Pierre Hocké, ehemaliger UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, der heute hier ist. Viele weitere Personen haben mir ihre Sympathie und Unterstützung zugesichert, wollen aber im Hintergrund bleiben.

Unser Komitee wird eine sichtbare Kampagne führen. Sie sehen hinter uns Beispiele dafür. Zahlen werde ich Ihnen selbstverständlich keine bekannt geben. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir das Anliegen sehr ernst nehmen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

* * *